

Soziale Notlagen älterer Menschen im Zuge der Covid-19 Pandemie:

Empfehlung zur Einrichtung, Unterstützung und Förderung lokaler Nothilfeinitiativen

Ältere Menschen stehen als Risikogruppe für Corona-Infektionen mit besonders schweren Verläufen im Mittelpunkt der Diskussionen um Behandlung, Versorgung, aber auch um verschärfte Kontaktverbote. Im Zuge der Pandemie sind in vielen Städten, Stadtteilen und kleineren Gemeinden Initiativen entstanden, die sich in erfreulich kreativer und wirkungsvoller Weise bemühen ihre älteren Mitbürger*innen mit Einkaufsdiensten und anderen Hilfsangeboten zu unterstützen. Fachkräfte nunmehr geschlossener sozialer Einrichtungen wie Seniorenbegegnungsstätten, Stadtteilzentren, Nachbarschaftstreffs oder Beratungsstellen stellen ihre Dienste telefonisch zur Verfügung, sorgen aktiv für Kontakt und Informationen und organisieren Hilfen in Notfällen.

Dennoch darf nicht unterschätzt werden, dass insbesondere vulnerable Gruppen älterer Menschen, bspw. mit multiplen gesundheitlichen Beeinträchtigungen und/oder in sozioökonomisch prekären oder marginalisierten Lebenslagen, unabhängig von einer möglichen Infektion von den Folgen der Covid-19 Pandemie und den Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung aktuell mittelbar und folgenreich betroffen sind,

beispielsweise weil

- es für sie finanziell und logistisch schwierig ist, an Lebensmittel, Medikamente und andere lebensnotwendige Waren zu kommen, da der Einkauf riskanter, aufwändiger oder unmöglich geworden ist (bspw. ÖPNV eingeschränkt, lange Anstehzeiten vor den Geschäften und an der Kasse), und die Tafeln vielerorts geschlossen wurden;
- die Alltags- und pflegerische Versorgung durch oftmals aus Osteuropa kommende und im Haushalt lebende Pflege- und Betreuungskräfte für Viele durch Grenzsicherungen und Reisebeschränkungen weggebrochen ist, kein Ersatz zur Verfügung steht und Angehörige – so vorhanden – oftmals überfordert sind; Situationen konkreten ambulanten Pflegenotstands sind zunehmend zu erwarten;
- der Austausch mit Bekannten, Freund*innen und Angehörigen aufgrund der Kontaktbeschränkungen stark reduziert und persönliche Kontakte mit Enkelkindern weitgehend weggebrochen sind;
- gewohnte Treffpunkte (Senioren- und Familienzentren, Kirchen und Moscheegemeinden u.v.m.) geschlossen sind, die soziale Kontakte, aber auch Betreuung und Informationsaustausch ermöglichen;
- sie Informationen über bundesweite, aber auch lokal geltende Maßnahmen und Empfehlungen aufgrund begrenzten Medienzugangs, nicht-ausreichender deutscher Sprachkenntnisse oder psychischer, kognitiver oder emotionale Überforderungen nicht erreichen;
- insbesondere von vielen hochaltrigen bzw. älteren Menschen in sozial benachteiligten Lebenslagen, digitale Medien weniger flächendeckend als bei anderen Gruppen als Ersatz genutzt werden können;
- manchen älteren Menschen der Zugang zu aktuellen Hilfsangeboten, so vorhanden, aufgrund manifester Isolations- und Ausgrenzungsmechanismen nicht gelingt, sie sich selbst nicht mehr versorgen können und das Risiko für existenzielle, lebensbedrohliche Notlagen steigt.

Es entstehen so neue soziale, finanzielle und gesundheitliche Problemsituationen, die mit bisherigen öffentlichen Nothilfeangeboten nicht überall abgedeckt und auch nicht in allen Fällen durch zivilgesellschaftliche Initiativen kompensiert werden können. Nicht alle Kommunen sind gleichermaßen gut für diese Aufgaben gerüstet (gemeinwesenorientierte Altenarbeit ist immer noch keine kommunale Pflichtaufgabe) und ihre Akteure sind nicht überall gleichermaßen gut aufgestellt. Dennoch haben staatliche Institutionen die Letztverantwortung und können diese nicht dem zivilen Engagement allein überlassen.

Wir empfehlen deshalb in gebotener Eile auf der Ebene des Bundes und der Länder die politische, konzeptionelle und finanzielle Unterstützung von Kommunen für den flächendeckenden Aufbau lokaler Nothilfeprogramme/Nothilfeinitiativen zu fördern, in denen sich einschlägige Akteure aus Kommune und Wohlfahrtsverbänden, Anbieter sozialer und pflegerischer Dienstleistungen, Zivilgesellschaft u.a.m. vernetzen, um gemeinsam zu handeln:

- Die Initiativen sollen lokale Notrufnummern und Nothilfeteams für die Unterstützung älterer Menschen in Notlagen aufbauen und niedrigschwellig bekanntmachen können. An die Nothilfe können sich ältere Menschen selbst, aber auch ihre Angehörigen, Nachbar*innen und Mitarbeiter*innen von z.B. Pflegediensten, Lieferservice, Sozialamt wenden, die auf Notlagen aufmerksam geworden sind oder diese befürchten.
- Die Initiativen sollen praktische und finanzielle Unterstützung – wenn indiziert, auch finanzielle Soforthilfe - für notleidende und isolierte ältere Menschen und gegebenenfalls ihre Angehörigen zur Verfügung stellen oder vermitteln können. Sie sollen situationsangemessen angepasste oder auch neue Zugänge zu Angeboten in Bring- und Kommstrukturen entwickeln, um lokale, während der Covid-19-Pandemie in verschärfte soziale Notlagen geratene ältere Menschen zu unterstützen.

07. April 2020

Prof. Dr. Susanne Kümpers, Dr. Elke Olbermann, Dr. Sarina Strümpen, Prof. Dr. Kerstin Hämel

Weitere Statements zur COVID-19 Pandemie aus der DGGG: <https://www.dggg-online.de/nc/covid-19-news.html>.